

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

P/XXIV/32

Bonn, den 14. Februar 1969

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite		Zeilen
-----		-----
1	<u>Es bleibt dabei</u>	48
	Die Bundesversammlung in Westberlin ist keine "Provokation"	
2 - 3	<u>U N I C E F</u>	55
	Hilfe für Kinder in Entwicklungsländern Imponierende Zahlen	
4 - 5	<u>Unverständlich</u>	65
	Bayern-Regierung verzögert regionale Wirtschaftsförderungs-Programme	
6 - 7	<u>De Gaulles brave Opposition</u>	86
	"Maßhalten" vor KPF und CGT Von Georg Scheuer, Paris	

Es bleibt dabei

Die Bundesversammlung in Westberlin ist keine "Provokation"

sp - Die Einladungen sind ergangen. Die Bundesversammlung, die den neuen Bundespräsidenten zu wählen hat, wird am 5. März in Berlin stattfinden, ungeachtet aller Drohungen des SED-Regimes. Es hat diese Einberufung durch seine angekündigten Maßnahmen geradezu erzwungen.

Ist die Tagung der Bundesversammlung eine Provokation? Die DDR sieht darin eine und setzt sich damit auch in Widerspruch zu den Verbündeten der Bundesrepublik, denen wirklich nicht daran gelegen sein kann, provokative Akte zu begehen. Der britische Premierminister Harold Wilson und der amerikanische Präsident Nixon haben gewiß nicht solches im Sinn, wenn sie bei ihrem Besuch der Bundesrepublik auch einen Aufenthalt in Berlin einschließen. Sie wollen mit ihrer Anwesenheit in Westberlin die Verbundenheit mit dieser Stadt bekunden und damit gleichzeitig ein Warnungszeichen setzen. Sie lassen sich ihre Rechte und ihre Verantwortung für Westberlin nicht nehmen, Frankreich stimmte dem hinzu, als es die gleichlautende Erklärung mit unterzeichnete. Die DDR stößt hier gegen eine Wand, die zu durchbrechen sie allein nicht imstande ist.

Niemand verkennt in dieser Lage die Verantwortung der Sowjetunion. Am Beispiel Berlin erweist sich die Richtung ihrer Intentionen und ihrer Bereitschaft zum kalkulierten oder unkalkulierten Risiko. Der Aufenthalt Jakubowskis, des Oberbefehlshabers der Streitkräfte der Warschauer Paktstaaten in Ostberlin, gibt in diesen Tagen zu vielen Spekulationen Anlaß. Wir beteiligen uns nicht daran. Ob er als Bremsen oder Antreiber auftritt, niemand kann das wissen. Doch die Vorstellung ist kaum denkbar, daß sich die mächtige Sowjetunion durch Handlungen des DDR-Regimes in Verstrickungen und Verwirrungen verwickeln läßt, die sie nicht mehr kontrollieren kann.

Nach der Neuwahl des Bundespräsidenten wird sich die von Ostberlin willkürlich entfachte Spannung in und um Berlin wieder legen. Bestehen bleibt die Verbundenheit Westberlins mit der Bundesrepublik und bestehen bleibt die Verpflichtung der Bundesrepublik, Westberlin jene Hilfe angedeihen zu lassen, die es der Stadt und ihren Bewohnern unter dem Schutzdach der Alliierten ermöglicht, friedlicher Arbeit nachzugehen. Die Lebensfähigkeit Westberlins wird bestimmt durch den Willen, den Zusammenhalt unserer Nation zu bewahren. Seinen Ausdruck muß er finden in der Bereitschaft, in Westberlin mehr zu investieren und in der Bereitschaft junger Menschen, nach Berlin zu gehen, um dort am friedlichen Aufbauwerk mitzuwirken.

Die im Zusammenhang mit der Bundesversammlung von Ostberlin schon verkündeten und noch zu erwartenden Maßnahmen haben offensichtlich den Zweck, diese Bereitschaft zu beeinträchtigen und den Eindruck zu erwecken, als ob es sich nicht lohne, zu Berlin zu stehen. Das muß und wird sich als Fehlrechnung erweisen. Westberlin ist keine sterbende Stadt, wie es einst ein Nikita Chruschtschow erwartete und verkündete. Es hat seine Behauptungskraft in schweren Zeiten bewiesen und es strotzt vor Lebenswillen. Wer dies verkennt, gibt sich einem folgenschweren Irrtum hin, dem Ublricht schon einige Male in der Einschätzung der Situation unterlegen ist.

U N I C E F

Hilfe für Kinder in Entwicklungsländern
Imponierende Zahlen

sp - UNICEF - das Hilfswerk der Vereinten Nationen für Kinder in Entwicklungsländern - existiert nunmehr seit 20 Jahren. Wer kennt nicht jene Neujahrskarten, die in hervorragender künstlerischer Gestaltung nun schon seit mehreren Jahren in millionenfacher Auflage in der ganzen Welt verschickt werden? Rund 10 Millionen DM konnten auf diese Weise durch UNICEF für notleidende Kinder in den Entwicklungsländern ausgegeben werden.

Das ist aber nur ein kleiner Teil dessen, was UNICEF heute überall in der Welt tut. Seit ihrer Gründung hat diese internationale Organisation die Ausrüstung von 800 Lehrerausbildungs-Schulen und 12.800 angegliederten Grundschulen mitfinanziert; dazu kommen noch 530 Berufsschulen für die Ausbildung von Jugendlichen. Einen wichtigen Beitrag leistete UNICEF bei der Gründung von 400 Ausbildungsstätten für Sozialfürsorger. An über 5.700 Schulen und Kindergärten wurde von UNICEF ein Ernährungsprogramm durchgeführt.

Von weltweiter Bedeutung ist die UNICEF-Hilfe bei der Tuberkulose-Impfung, der Seuchenbekämpfung - wozu auch die Behandlung von Lepra gehört - und die Behandlung von Kindern gegen Himbeerpocken und Trachom.

Imponierende Zahlen wurden kürzlich hierüber veröffentlicht. UNICEF half bei der Tuberkulose-Impfung 254 Millionen Kindern, bei der Bekämpfung von Malaria bei ca. 30 Millionen Kindern und bei der Endbehandlung von 250.000 an Lepra erkrankten Kindern.

Ziel von UNICEF ist es, 700 Millionen Kinder unter 15 Jahren in jenen Ländern zu betreuen, in denen das Pro-Kopf-Einkommen der Einwohner nicht mehr als 400 DM pro Jahr beträgt. Bis 1970 werden von jetzt an etwa 200 Millionen DM notwendig sein, um das vorbereitete UNICEF-Programm durchführen zu können. 1968 konnten aus allen Quellen 170 Mil-

lionen DM aufgebracht werden. An der Aufbringung dieser Summe waren zu dreiviertel die den Vereinten Nationen angeschlossenen Regierungen und zu einem Viertel private Spenden beteiligt; darunter auch das Ergebnis des Verkaufs der Neujahrskarten.

Interessant ist ein Überblick über die finanzielle Leistung der UNO-Mitgliedstaaten zugunsten von UNICEF. An der Spitze stehen die USA mit 11,5 Millionen Dollar pro Jahr. Es folgen Schweden mit 1,7 Millionen Dollar und Frankreich mit 1,5 Millionen Dollar. An vierter und fünfter Stelle stehen Großbritannien mit 1,2 Millionen Dollar und Kanada mit 950.000 Dollar. Die Schweiz beteiligt sich mit 850.000 Dollar, die Sowjetunion mit 800.000 Dollar, Indien mit fast 700.000 Dollar, Australien und Norwegen mit je 550.000 Dollar, Japan mit 470.000 Dollar, Belgien mit 250.000 Dollar. Die Bundesrepublik Deutschland, die nicht Mitglied der Vereinten Nationen ist, zahlte 1968 1,6 Millionen Dollar in den UNICEF-Fonds und hat für 1969 diese Betrag um eine Viertel-Million Dollar erhöht.

UNICEF hat im vergangenen Jahr einen wesentlichen Teil seiner Hilfsaktionen auf die Kinder im Kampfgebiet von Nigeria/Biafra konzentriert. Seit Beginn der Feindseligkeiten verteilte UNICEF in Zusammenarbeit mit anderen Hilfsorganisationen in Nigeria/Biafra 16.500 Tonnen Soja, Korn und Milch, 3.500 Tonnen Magermilch und 3.000 Tonnen Mehl. Den größten Anteil an diesen Nahrungsmittelspenden hatten die USA, die Schweiz, Italien, die Bundesrepublik Deutschland und Australien. Außerdem haben die nationalen UNICEF-Komitees insgesamt ca. 6,8 Millionen DM für die Notstandsgebiete Nigeria/Biafra gesammelt. Nach den letzten Informationen aus den Kampfgebieten werden in diesem Jahr allein für Nigeria/Biafra noch Hilfsmittel in Höhe von 15 bis 16 Millionen DM benötigt. Die schwierigsten Monate für die Versorgung sind von Januar bis Juli, weil erst danach - wenn auch nur in geringem Umfange - mit eigenen Ernteergebnissen des Landes gerechnet werden kann.

In welchem Geist die UNICEF-Arbeit geleistet wird, zeigt eine Bemerkung ihres Europa-Direktors Dr. Georges Sicault, der kürzlich in Bonn erklärte: "Wenn es nicht gelingt, mehr als bisher für die junge Generation in den Entwicklungsländern zu tun, wird es sehr bald zu einem tiefen Konflikt zwischen den jungen Menschen dort und denen in den modernen Industriestaaten kommen. Es genügt nicht, Staudämme, Flugplätze und Straßen zu bauen. Man muß junge Menschen heranbilden, die morgen in der Lage sind, ihre Nationen zu modernen Staaten zu entwickeln. Wenn wir, die UNICEF, diesem Ziel näher kommen wollen, müssen wir unsere jetzigen Bemühungen mit 10 multiplizieren."

+ + +

Bayern-Regierung verzögert regionale Wirtschaftsförderungs-Programme

spk - Daß innerhalb der Bayerischen Regierung die rechte Hand nicht weiß was die linke tut, hat sich wieder einmal bei der Behandlung der vom Bund geplanten regionalen Wirtschaftsförderungs-Programme erwiesen. Bekanntlich sollen im Bundesgebiet 10 derartiger Aktionsprogramme aufgestellt werden, wovon allein auf Bayern vier entfallen. Die Bayerische Regierung hat in einer Verlautbarung vom 21.1.1969 eine Reihe von Einwänden vorgebracht. Am 29. Januar hat Wirtschaftsminister Schedl erneut den "Bonner Zentralismus" verdonnert. Er könne sich schlecht vorstellen, so meinte er, daß Landtagsabgeordnete oder bayerische Bundestagsabgeordnete für eine Unterstützung der Bemühungen des Bundes zu gewinnen seien. Schedl verschwieg allerdings, daß einige Tage zuvor - nämlich am 23.1.1969 - sein Staatssekretär im Kamen der Bayerischen Regierung im Konjunkturrat dieser Neuorientierung der regionalen Strukturpolitik zugestimmt hatte. Sackmann mußte sich wahrscheinlich überzeugen lassen, daß die Behauptungen - die den Einsprüchen der Bayerischen Regierung zugrunde liegen - unzutreffend sind.

Vom Standpunkt der intensiveren Strukturverbesserung in den wirtschaftsschwachen Gebieten sind die Einwendungen Schedlis unverständlich. Die regionalen Aktionsprogramme sollen das bisherige System der regionalen Wirtschaftsförderung nicht ersetzen, sondern die bisherige getrennte und nebeneinander laufende Förderung von Bund und Land koordinieren. Entsprechend der primären Zuständigkeit der Länder für die Regionalpolitik können auch die Aktionsprogramme nur gemeinsam zwischen Bund und Ländern erarbeitet werden, wobei Projektauswahl und Vorschlagsrecht bei den Ländern liegt. Die Abgrenzung der Förderungsgebiete erfolgt auf Vorschlag der Länder.

Die Bundesregierung hat im Jahreswirtschaftsbericht den erhöhten Mittelbedarf für die regionale Wirtschaftsförderung anerkannt. Eine exakte Festlegung soll bei der Fortschreibung der mittelfristigen Finanzplanung im Sommer erfolgen. Bereits jetzt wurde aber beschlossen, die regionalen Förderungsprogramme um 150 Mio DM aus Mitteln des Steueraufkommens durch das Absicherungsgesetz aufzustocken. Die Schwerpunkte der Förderung sollen in den Zonenrand- und Grenzgebieten liegen. Ge-

gen diese Absichten, die allerdings in den infragekommenden Gebieten einhellig begrüßt werden, läßt sich wohl kaum etwas einwenden. Die Kritik der Bayerischen Regierung vom 21.1.1969 enthielt zumeist auch nur Scheinargumente.

Deutlicher wurde allerdings Wirtschaftsminister Schedl in seiner Etatrede. Er wendet sich nämlich gegen den Kernpunkt der neuen Aktionsprogramme: Die Koordinierung der Bundesmittel und der Landesmittel und die mehrjährige Vorausplanung.

Hier handelt es sich um eine alte Streitfrage zwischen Schedl und der SPD. Der bayerische Wirtschaftsminister hat bekanntlich jahrelang die Raumordnungspläne sabotiert. Als dann doch einige aufgestellt wurden, handelte es sich lediglich um Wunschzettel, weil sie nicht mit Finanzierungsvorschlägen verbunden waren. Das soll nun endlich anders werden. Anscheinend hat der bayerische Wirtschaftsminister jedoch Angst, durch diese Aktionsprogramme nun Farbe bekennen zu müssen. Von nun an kann nämlich nicht nur geredet, sondern jetzt muß gehandelt werden, was offensichtlich Herrn Dr. Schedl nicht recht paßt.

Durch die vier Aktionsprogramme wird allgemein sichtbar werden, wie die Bayerische Regierung die verfügbaren Bundesmittel und die Landesmittel verplant und inwieweit der Forderung, das Zonenrandgebiet schwerpunktmäßig zu fördern, entsprochen wird. Mit allgemeinen Redensarten, etwa über die Bevorzugung des Ruhrgebietes usw., ist es nicht mehr getan. In Zukunft werden genaue Vergleiche vorliegen, und zwar nicht nur über die Verwendung der Bundesmittel, sondern auch über die Mittel, die das Land Bayern für diesen Zweck zur Verfügung stellt.

Wenn der Inhalt und der finanzielle Rahmen der vier Aktionsprogramme für das Land Bayern noch nicht feststeht, dann liegt das vor allem an der Bayerischen Regierung. In Bonn wird bis Ostern mit der Vorlage gerechnet. Die Bayerische Regierung würde mit einer weiteren Verzögerung schwere Schuld auf sich laden.

+ + +

De Gaulles brave Opposition

"Maß halten" von KPF und CGT

Von Georg Scheuer, Paris

Kommunisten und Gaullisten stimmten dieser Tage gemeinsam im Militärausschuß der Nationalversammlung für das gegen Israel gerichtete Embargo. Die demokratischen Links- und Mittelparteien hatten die Aufhebung der von General de Gaulle getroffenen Verfügung verlangt. Es ist dies eine der häufigen Episoden, in welchen die Kommunistische Partei Frankreichs ihre Solidarität mit de Gaulles Außenpolitik manifestiert. Im Zeichen der guten Beziehungen zwischen Paris und Moskau wirkt sich die kommunistische Unterstützung für General de Gaulle nicht nur in außenpolitischen Entschlüssen, sondern auch in innenpolitischen Entscheidungen aus.

Mit großem Aufwand veröffentlichte die KPF kürzlich ein umfangreiches Manifest, das in 100.000 Exemplaren in ganz Frankreich verbreitet und diskutiert wird. Einleitend heißt es, die KPF wolle auf diese Weise den revolutionären Mai-Ereignissen in Frankreich Rechnung tragen. Tatsächlich wurden im Frühling 1968 nicht nur die Gaullisten, sondern auch die Oppositionsparteien, insbesondere die KPE, schwer erschüttert.

Starre Positionen

Die Studentendemonstrationen und der Generalstreik der zehn Millionen Arbeitnehmer erfolgte gegen die ausdrücklichen Weisungen der KPF und der von ihr beeinflussten CGT-Gewerkschaft. Als Quittung folgte dann im Juni 1968 die Wahlschlappe der KPF. Darüber hinaus zeigt sich, daß die KPF auf die linksgerichtete studierende und arbeitende Jugend in Frankreich nur sehr geringen Einfluß hat.

Als weitere Folge brach innerhalb der KPF eine Krise aus, die sich nach den tschechoslowakischen Augustereignissen noch verschärfte. Man erwartet nun, die KPF werde diesen ganzen Ereignissen Rechnung tragen. Mutmaßungen wurden angestellt, ob es nun zu einem "Linksruck" des Politbüros kommen werde - etwa eine Anpassung an die revolutionäre Phraseologie der Ultralinken und der Anarchisten - oder zu einem "Rechtsruck" durch engeren Zusammenschluß mit den gemäßigten Links- und Mittelparteien.

Weder das eine noch das andere ist eingetreten. Die KPF beharrt auf dem Status quo und bringt in Inhalt und Form keine wesentlichen Neuerungen ihres Konzepts.

Das Manifest besteht aus zehn Abschnitten und beginnt mit einer Kritik des gaullistischen Regimes. Die "Kraft" der "Volksbewegungen im Mai und Juni 1968" wird anerkannt, was vor einigen Monaten noch nicht der Fall war, als die KPF die ohne ihren Willen ausgebrochenen Ereignisse als bloße "Mache unverantwortlicher Elemente" abzutun versuchte.

Angestrebt wird auch weiterhin eine "Einheitsfront" mit der Sozialdemokratie.

"Vorgeschriftene" Demokratie

"Neu" ist das nunmehr verkündete Schlagwort von einer "démocratie avancée" (vorgeschriftene Demokratie), die sich aber nach näherer Betrachtung als Aufguß der "Volksdemokratie" erweist. Das gilt insbesondere für das Versprechen, im Falle einer Machtergreifung würden neben der KP auch andere Parteien zugelassen sein, soweit sie sich für den "Sozialismus" einsetzen. Was "Sozialismus" ist, hätte allerdings das Politbüro der KP zu bestimmen.

Vorgeschlagen werden für die "vorgeschriftene" Demokratie als Vorstufe und Übergang zum eigentlichen "Sozialismus" zunächst Verstaatlichung der Banken und der Großindustrie - in Frankreich bereits in der Vierten und Fünften Republik teilweise verwirklicht - und die "demokratische Verwaltung" dieser Unternehmen, d.h. die "aktive Beteiligung" und "Partizipation", Kontrolle der Arbeitnehmer-Vertreter (d.h. nicht der Arbeiter selbst).

Dieser letzte Punkt ist von besonderem Interesse. Die "Partizipation" ist bekanntlich seit der Mairevolution 1968 das große Schlagwort des Gaullismus. Allerdings ist dabei immer wieder die Rede von einer Beteiligung der Arbeitnehmer und nicht der Arbeitnehmer-Vertreter. Die Unterscheidung ist wichtig. Im links-gaullistischen Konzept - vertreten insbesondere von Sozialminister Maurice Schumann, Unterrichtsminister Edgar Faure und Justizminister René Capitant - soll die Mitbestimmung der Arbeitnehmer in allen Unternehmen gesetzlich verankert werden, unabhängig von der Existenz politischer oder gewerkschaftlicher Organisationen. Wie weit es den gaullistischen Machthabern mit diesen Anliegen ernst ist und wie weit sie in der Lage sind, derartige Pläne gegen den Willen ihrer konservativen Verbündeten durchzusetzen, ist eine andere Frage.

Bescheidene Reformen

Wie dem auch sei, die KPF und die von ihr dirigierte CGT lehnen die geplante Sozialreform von vornherein ab und erklären sich in ihrem Manifest für eine "Partizipation der Arbeitnehmer-Vertreter"; das wären in den wichtigsten Großbetrieben hauptsächlich die Funktionäre der CGT. Das ist im Vergleich zu den gaullistischen Projekten kein Fortschritt, sondern eher ein Rückschritt.

In ihrem Aufruf zum "gewerkschaftlichen Kampftag" am 12. Februar 1969 erklärt sich die CGT auch ausdrücklich gegen "cogestion" (Mitbestimmung) und "autogestion" (Selbstverwaltung) der Arbeitnehmer. Diese Parolen führten nur zu "zweckloser Agitation".

Die CGT beschränkt sich auf sechs Gruppen von Forderungen: verbesserte Kaufkraft, Sicherung des Arbeitsplatzes, Herabsetzung der Arbeitszeit, Sozialversicherung, Steuerreform, Gewerkschaftsrechte.

Alles gewiß gerechtfertigte Anliegen, in ihrer Formulierung jedoch in starkem Kontrast zur tatsächlichen Stimmung der französischen Arbeitnehmer nach den revolutionären Ereignissen des letzten Jahres, wohl aber im Einklang mit dem von Moskau derzeit in Frankreich gewünschten politischen Kurs.